

100 Jahre Republik Österreich

Geschichten zur
Geschichte



Am 12. November 1918, also vor 100 Jahren, wurde die Erste Republik Österreich gegründet.

Die Landesbildungsorganisation der SPÖ Oberösterreich nimmt dieses Ereignis zum Anlass, von 6. September bis 8. November 2018 jeweils ein Email pro Woche mit „Geschichten zur Geschichte“ an die oberösterreichischen Parteimitglieder zu versenden.

Damit soll an die Umstände der Gründung, die Dramatik des 1. Weltkrieges, das soziale und menschliche Elend und die demokratische Revolution (zB. arbeitsrechtliche, bildungs- und gesundheitspolitische Errungenschaften, das Frauenwahlrecht) erinnert werden.

Die Zusammenstellung und Auswahl der Texte stammt von Landesbildungsvorsitzendem Bernd Dobesberger.

Geschichte eins

Ein Krieg beginnt...

Mit „An meine Völker“ begann ein Schreiben von Kaiser Franz Joseph, das am 28. Juli 1914 bekannt gemacht wurde. Damit rechtfertigte er einen angeblich regionalen und angeblich unvermeidbaren Krieg mit Serbien. Es heißt darin:

„So muss Ich denn daran schreiten, mit Waffengewalt die unerlässlichen Bürgschaften zu schaffen, die Meinen Staaten die Ruhe im Inneren und den dauernden Frieden nach außen sichern sollen. [...] Ich habe alles geprüft und erwogen. Mit ruhigem Gewissen betrete Ich den Weg, den die Pflicht Mir weist. Ich vertraue auf Meine Völker, die sich in allen Stürmen stets in Einigkeit und Treue um Meinen Thron geschart haben und für die Ehre, Größe und Macht des Vaterlandes zu schwersten Opfern immer bereit waren. Ich vertraue auf Österreich-Ungarns tapfere und von hingebungsvoller Begeisterung erfüllte Wehrmacht. Und Ich vertraue auf den Allmächtigen, dass Er Meinen Waffen den Sieg verleihen werde.“¹

Öffentlich herrschte nur Begeisterung und Zustimmung zu diesem Krieg, Angst und Ablehnung wurden nicht veröffentlicht. Auch die Sozialdemokratie – die in den Jahren davor immer vor einem drohenden großen Krieg gewarnt hatte – stimmte Franz Joseph zu. Als am 4. August 2014 das Parlament des Deutschen Reichs die Finanzierung für den Krieg an der Seite Österreich-Ungarns beschloss, verfasste Friedrich Austerlitz, der Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung, am kommenden Tag einen Leitartikel. Darin begrüßt er begeistert die Zustimmung der SPD-Abgeordneten zu den Kriegskrediten:

„Sie mäkeln nicht und feilschen nicht; nie hat eine Partei größer und erhebender gehandelt als diese deutsche Sozialdemokratie, die sich des überernsten Augenblicks wert und würdig gezeigt hat. Und so zieht das deutsche Volk einig in den Kampf um die Bewahrung seines staatlichen und nationalen Daseins. Auf der anderen Seite elende Spekulationen, Schacherkoalitionen, denen jede sittliche Idee fehlt. Hier ein einig kraftvoll bewegtes Volk, die Weltgeschichte müsste den Lauf rückwärts nehmen, wenn nicht den Deutschen nicht ihr Recht würde!“²

Franz Joseph, seine Regierung und die österreichisch-ungarische Heeresleitung hatten noch geglaubt einen überschaubaren Krieg zu beginnen. Innerhalb weniger Tage war daraus ein Weltkrieg geworden. Weder die Dimension des Krieges noch die Folgen waren wirklich überraschend. Friedrich Engels, der Kompagnon von Karl Marx, hatte bereits 1887 (also mehr als ein Vierteljahrhundert vor dem Kriegsbeginn!) gewarnt:

¹ <http://wk1.staatsarchiv.at/diplomatie-zwischen-krieg-und-frieden/voelkermanifest-kaiser-franz-josephs-1914/#/?a=artefactgroup71> (07.09.2018)

² <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19140805&seite=1&zoom=33> (07.09.2018)

„Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen...“³

Dieser Krieg wurde zum 1. Weltkrieg und dieser Krieg beendete auch die Existenz des Habsburger-Reichs.

³ http://www.mlwerke.de/me/me21/me21_346.htm (07.09.2018)

Geschichte zwei

Der Widerstand gegen den Krieg wächst

Die Begeisterung für den Krieg war schnell verflogen. Der Krieg war zu einem – zumindest – europaweiten Gemetzel in den Schützengräben der Schlachtfelder geworden. Ein schnelles Ende des Krieges war auch nicht in Sicht. Und die Versorgungssituation der Armeen und auch der Zivilbevölkerung wurde immer problematischer. Gerade unter den Arbeitern wuchs die Ablehnung gegen den Krieg.

Beispielsweise demonstrierten am 14. September 1916 tausende Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Rathaus in Steyr für eine bessere Lebensmittelversorgung. Nachdem es zuerst dem Bürgermeister gelungen war die Situation zu beruhigen, trafen die Demonstranten mit anderen streikenden Arbeitern zusammen und die Lage spitzte sich neuerlich zu. Der Bürgermeister forderte eine Militärassistenten an, die eingesetzten Soldaten räumten Barrikaden und vertrieben mit ihren Bajonetten die Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Innenstadt. Die Lage beruhigte sich erst am nächsten Tag, als nicht nur weitere Soldaten, sondern auch eine extra Lieferung Mehl in Steyr eintrafen.

Am 15. September 1916 berichtete der Bürgermeister von Steyr schriftlich an die „k.k.o.ö. Stadthalterei“ in Linz:

„In dieser Zeit kamen einige hundert Arbeiter aus der Gummifabrik in Pyrach, Gemeinde Garsten, polit. Bezirk Steyr-Land, auf den Stadtplatz gezogen, die stark schrien und piffen. In dem Zug befand sich auch eine hier unbekannte Weibsperson, die fortwährend 'Hunger, Hunger, Brot; wir wollen Brot' schrie und die noch vorhandenen Reste der abgezogenen Arbeiter um sich sammelte, welcher Ansammlung sich viele Frauen, Kinder und halbgewachsene Jungen anschlossen. [...] Die Menge warf Steine gegen die Wache und auf das Rathaus und zertrümmerte alle Fensterscheiben an der dem Stadtplatz zugekehrten Flucht des Rathauses; sie demolierte die auf dem Stadtplatz befindliche Lebensmittelverkaufshütte der Stadtgemeinde und raubte die darin verwahrten Kartoffel.“⁴

Die Regierung reagierte auf derartige Vorkommnisse mit Repression, die Betriebe wurden faktisch unter militärisches Kommando gestellt. Im Oktober 1916 kam es zu einer ganz anderen, aufsehenerregenden Aktion gegen den Krieg: Friedrich Adler, der Sohn des unumstrittenen Führers der österreichischen Sozialdemokratie Victor Adler, erschoss am 21. Oktober 1916 den Regierungschef Graf Stürgkh in einem Wiener Restaurant. Adler ließ sich verhaften und begründete seine Tat mit dem Krieg und auch mit der Passivität der Sozialdemokratie. Vor dem Ausnahmegericht formulierte er folgendes:

„Ich habe ja schon gesagt, dass das ja im Wesentlichen nicht bloß ein Attentat gegen Stürgkh war, sondern ein Attentat gegen die österreichische Moral. [...] Ich möchte aber sagen, dass Graf Stürgkh ein Gegner war, den ich in gewissem Sinne geachtet habe, weil er nämlich nicht von dieser österreichischen Immoral angekränkt war. Er war aus anderem Holze als die, die sich ihn gefallen ließen.“ [...]

⁴ <http://wk1.staatsarchiv.at/revolten-und-politische-proteste/streiks-in-steyr-september-1916/#/?a=artefactgroup465> (07.09.2018)

Über die sozialdemokratische Partei meinte er unter anderem:

„Ich kann nur sagen, dass die Partei die Laster ihrer Gegner zum Teil angenommen hat; sie ist verchristlichsozialt, sie ist nationalisiert, sie ist verkleinbürgerlicht.“⁵

Friedrich Adler wurde zum Tode verurteilt, aber nicht hingerichtet. Seine Strafe wurde in lebenslanges Zuchthaus, dann in 18 Jahre Haft umgewandelt, aber bereits vor Ende des 1. Weltkriegs wurde er vom Kaiser amnestiert und auf freien Fuß gesetzt. Kaiserhof, Regierung und Heeresleitung waren in Adlers Fall sehr zurückweichend, denn sie fürchteten den wachsenden Widerstand gegen den Krieg und ihre Kriegspolitik.

⁵ [https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrobv/content/titleinfo/483862\(07.09.2018\);](https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrobv/content/titleinfo/483862(07.09.2018);) S. 95

Geschichte drei

Habsburger-Reich am Ende

Im Herbst 1916 gab es neben dem Attentat auf den Grafen Stürgkh einen zweiten Todesfall, der die Krise des Habsburger-Reichs beschleunigte. Am 21. November starb Kaiser Franz Joseph im Alter von 86 Jahren und nach 68 Jahren am Kaiserthron. 1917 war Österreich-Ungarn militärisch zu keinen erfolgreichen Initiativen mehr fähig und die Kriegswirtschaft konnte weder Armee noch Zivilbevölkerung ausreichend versorgen.

Die Oktoberrevolution der Bolschewiki im November 1917 und der daraus folgende Friedensschluss mit Sowjetrußland entschärfte zwar kurzfristig die militärische Situation, aber die Ablehnung des Krieges durch wachsende Teile der Arbeiterschaft wurde damit verstärkt. Ausgehend von Wiener Neustadt breitete sich der sogenannte „Jänner-Streik“ im Jahr 1918 rasch, insbesondere in Niederösterreich und Wien, aus. Es ging nicht nur um die Versorgungssituation, es wurde auch gegen den Krieg und für Frieden gestreikt, und es ging bereits um die politische Vorherrschaft in Österreich. Dieser Streik dehnte sich dann auch nach Oberösterreich aus. Zum Beispiel berichtete der „k.u.k. militärische Leiter“ der Schiffswerft Linz am 16. Jänner 1918 an das „k.u.k. Militärkommando“:

„In meiner Gegenwart teilten die Arbeiter mit, dass sie im Anschluss an die Arbeiterschaft von Niederösterreich die Arbeit einstellen, da alle Schritte, welche von ihnen bei den diversen Behörden unternommen worden seien, zwar mit Vertröstungen beantwortet wurden, aber nie zu einem positiven Resultat geführt hätten. Die Ernährungsverhältnisse seien heute derartige, dass die Arbeiter nicht in der Lage seien, die Arbeit fortzusetzen und insbesondere auf sofortigen Friedensschluss dringen müssen, umsomehr, als die Ernährungsverhältnisse sich durch die ungleiche Verteilung noch ungünstiger gestaltet hätten, als durch den Mangel an Nahrungsmitteln an sich notwendig sei.“⁶

Etwa eine dreiviertel Million Arbeiter und Arbeiterinnen schloss sich diesen Streikaktivitäten an, und die Regierung konnte nur durch politische Zugeständnisse die Beendigung des Arbeitskampfes erreichen. Die fundamentalen Probleme Österreich-Ungarns konnten so nicht gelöst werden. Das Land war wirtschaftlich, politisch und militärisch am Abgrund. Eine letzte große Militär-Offensive gegen Italien führte im Juni 1918 zu keinem Sieg und damit auch zu keinem generellen Umschwung.

Im Herbst 1918 waren die politische und die militärische Führung endgültig am Ende: Österreich-Ungarn zerfiel. Am 28. Oktober erklärten sich Repräsentanten der Tschechen für eigenständig und fanden sich danach mit den Slowaken zur Tschechoslowakischen Republik zu einem neuen Staat zusammen. Am Tag darauf schlossen sich Slowenen und Kroaten dem neuen südslawischen Staat an, aus dem Jugoslawien entstand. Die polnischen Bewohner und Bewohnerinnen Galiziens wollten sich dem neu entstehenden Polen anschließen.

Die Habsburger-Armee erlitt Ende Oktober die letzte entscheidende Niederlage. Die Soldaten konnten nicht mehr gepflegt werden. Otto Bauer – bereits damals einer der

⁶ <http://wk1.staatsarchiv.at/revolten-und-politische-proteste/streiks-in-steyr-september-1916/#/?a=artefactgroup469> (07.09.2018)

führende Köpfe der österreichischen Sozialdemokratie – beschrieb die Lage in seinem Buch „Die österreichische Revolution“ so:

„Man war nicht mehr imstande, die Truppen zu ernähren. Die fleischlosen Tage wurden immer häufiger. Und fleischlose Tage waren Hungertage. ‚Früh und abends leerer schwarzer Kaffee, mittags ein inhaltloses Dörrgemüse ohne Fett, hiezu bestenfalls 60 Gramm Käse oder Kürbis‘, das war nach dienstlicher Meldung Ende September die Ernährung der Kampftruppen an der unteren Piave. Der Hunger machte die Truppen aktionsunfähig. ‚Eine normale mehrstündige militärische Schulung halten die Mannschaften körperlich nicht mehr aus‘ [...]

Wie mit der Ernährung stand es mit der Bekleidung. ‚Jeder Mann besitzt durchschnittlich eine Garnitur Wäsche. Es kommen aber Fälle vor, wo nicht einmal mehr eine volle Garnitur vorhanden ist, da Hemd oder Unterhose fehlen. Man muss diese Wäsche gesehen haben, um erst einen Begriff über das Elend zu bekommen! Der eine hat keine Ärmel mehr am Hemd, dem anderen fehlt der Rückenteil, der dritte besitzt nur halbe Unterhosen oder Fragmente von Fußfetzen... Bei einem Frontregiment fehlt jedem dritten Mann der Mantel‘ [...]⁷

Die Soldaten aus Ungarn, der Tschechoslowakei, aus Kroatien, Slowenien usw. waren nicht mehr bereit für das Kaiserhaus zu kämpfen, die Armee begann sich aufzulösen.

⁷

<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/bauer/1923/oesterrev/05-bildung.html> (07.09.2018)

Geschichte vier

Soziales Elend am Ende des Krieges, soziales Elend nach dem Krieg

Die Kriegsfolgen, der militärische Zusammenbruch und das Auseinanderfallen der Habsburgermonarchie stellten die neue Republik vor unvorstellbare Herausforderungen.

Die Arbeiter-Zeitung schrieb unter der Überschrift „Die Wehen der neuen Zeit“ am 6. November 1918 folgendes:

Der werdende deutschösterreichische Staat steht vor ungeheuren, vor unlösbaren Problemen. Die schwersten von ihnen gehen aus der Auflösung der Armee hervor. Eine Armee von Millionen Menschen ist in Italien und in Tirol gestanden. Diese Armee nach Hause zu befördern, sie auf dem Transport in die Heimat zu verpflegen, die Verbreitung von Seuchen durch die heimkehrenden Krieger zu verhindern, den abrüstenden Soldaten Arbeit, Brot, Wohnungen zu beschaffen – das wäre auch in ruhigen Zeiten, auch bei ordnungsgemäßer und planmäßiger Demobilisierung eine überaus schwere Aufgabe gewesen. Aber unter den jetzigen Umständen ist eine planmäßige Demobilisierung gar nicht möglich. Die Verbände haben sich aufgelöst, die einzelnen Truppenkörper fluten in wirrer Unordnung, in wilder Hast zurück. Sie wollen nach Hause, wollen nicht warten. Aber so schnell, wie die Ungeduld der Soldaten es möchte, können sie nicht in die Heimat befördert werden; dazu gibt es bei weitem nicht genug Waggons und Lokomotiven. Daher stauen sich im Süden ungeheure Menschenmassen auf engem Raume. Aber für solche Massen gibt es dort nicht genug Verpflegung, nicht genug Quartiere, nicht genug Spitäler. Die Soldaten, hungernd, frierend, krank, erbittert stürzen sich auf die Landbevölkerung, um sich nur Nahrung für den hungrigen Magen und ein schützendes Obdach zu beschaffen. Sie dringen, auf solche Weise ‚vom Land lebend‘, immer weiter nach Norden. Es ist ein Bild ungeheuren Elends, furchtbarster Verwüstung. Da Abhilfe zu schaffen, so gut es eben geht, Eisenbahnwagen, Verpflegung und Heilmittel nach dem Süden zu schaffen, ist jetzt die dringendste Aufgabe der neuen Regierung.

Aber diese Aufgabe wird überaus erschwert dadurch, dass die Beziehungen zwischen den neuen Staaten noch ganz unregelt sind. [...]

Dieselben Ursachen erschweren aber auch die Versorgung des Hinterlandes mit Lebensmitteln. In dieser Beziehung ist Deutschösterreich am schlimmsten daran. Ohne ungarisches Getreide, böhmischen Zucker, galizische Kartoffeln kann es nicht leben, ohne Kohle, die über tschechisches Gebiet zugeführt werden muss, nicht arbeiten. In den letzten Tagen stockt die Milchzufuhr aus Mähren; aber wenn wir für Kinder, Kranke, stillende Mütter keine Milch mehr bekommen, gehen Tausende Menschen zugrunde.“⁸

⁸ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19181106&seite=1&zoom=33> (07.09.2018)

Die Versorgungskatastrophe war aber keine kurzfristige Folgeerscheinung der Auflösung der Habsburger-Monarchie bzw. der Habsburger-Armee, Hunger und Not waren für einige Jahre allgegenwärtig. Der bekannte Schriftsteller Stefan Zweig beschrieb in „Die Welt von Gestern“ seine Beobachtungen in Salzburg so:

„Jeder Gang in die Stadt hinab war damals ein erschütterndes Erlebnis; zum ersten Mal sah ich einer Hungersnot in die gelben und gefährlichen Augen. Das Brot krümelte sich schwarz und schmeckte nach Pech und Leim, Kaffee war ein Absud von gebrannter Gerste, Bier ein gelbes Wasser, Schokolade gefärbter Sand, die Kartoffeln erfroren; die meisten zogen sich, um den Geschmack von Fleisch nicht ganz zu vergessen, Kaninchen auf, in unserem Garten schoss ein junger Bursche Eichhörnchen als Sonntagsspeise ab, und wohlgenährte Hunde oder Katzen kamen nur selten von längeren Spaziergängen zurück. [...] Besser stand es am flachen Lande mit der Ernährung; bei dem allgemeinen Niederbruch der Moral dachte kein Bauer daran, seine Butter, seine Eier, seine Milch zu den gesetzlich festgelegten ‚Höchstpreisen‘ abzugeben.“⁹

⁹ <http://gutenberg.spiegel.de/buch/die-welt-von-gestern-6858/14> (07.09.2018)

Geschichte fünf

Zwischen dem Alten und dem Neuen!

Die Armee löste sich auf, und die verschiedenen Nationalitäten der Habsburger-Monarchie machten sich selbstständig.

Im niederösterreichischen Landhaus in der Wiener Herrengasse traten die deutschsprechenden Abgeordneten des Reichstags zur Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich zusammen. Die ursprüngliche Intention war – eigentlich noch aus der Doppelmonarchie – ein neues Staatsgebilde der Habsburger zu schaffen. Am 30. Oktober 1918 bildete diese Nationalversammlung einen Staatsrat, aus dem eine Regierung entstand. Leiter der Staatskanzlei, also Staatskanzler und damit Regierungschef wurde Karl Renner.

In „Die österreichische Revolution“ beschrieb Otto Bauer diesen Abschnitt des politischen und staatlichen Umbruchs folgendermaßen:

„In den vier Tagen vom 28. bis zum 31. Oktober hatte sich die Auflösung der Habsburgermonarchie vollendet. In diesen vier Tagen war die Armee an der Front zusammengebrochen, hatten sich die neuen nationalen Regierungen im Hinterlande der Regierungsgewalt bemächtigt. Es war eine nationale und eine demokratische Revolution, was sich da vollzog: statt der Dynastie, ihrer „übernationalen“ Bürokratie, Generalität und Diplomatie übernahmen in Deutschösterreich wie in Tschechien, in Galizien wie im südslawischen Gebiet nationale Volksregierungen, aus den Wortführern der Parteien des Bürgertums, der Bauernschaft und der Arbeiterschaft zusammengesetzt, die Regierungsgewalt.“¹⁰

Damit war aber in Österreich – oder in „Deutschösterreich“, wie es damals genannt wurde – noch nicht klar, was jetzt kommen würde. Es gab innerhalb der großen politischen Strömungen, der Sozialdemokraten, der Christlich-Sozialen und der Deutschnationalen, keine einheitlichen Lösungsvorschläge, geschweige denn eine gemeinsame Idee der drei Parteien in der Provisorischen Nationalversammlung. Das resultierte aber nicht nur aus einem fehlenden Plan, es resultierte insbesondere aus der völligen Unübersichtlichkeit der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung. Otto Bauer beschreibt die Entwicklung von Ende Oktober bis Mitte November 1918 so:

„Aber der Zusammenbruch der alten Mächte entfesselte zugleich auch die bisher von der Gewalt des Militarismus niedergehaltenen Arbeitermassen. In den täglichen stürmischen Soldatendemonstrationen, die in Wien mit der großen Massenkundgebung am 30. Oktober begonnen hatten, kündigte sich an, dass die national-demokratische Revolution zugleich auch die soziale Revolution weckte, der Übergang der Regierungsgewalt von der Dynastie auf die Völker zugleich auch den Klassenkampf innerhalb des Volkes, die

¹⁰ <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/bauer/1923/oesterrev/07-republik.html> (07.09.2018)

Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den Klassen innerhalb der Nation einleitete.¹¹

Am 11. November wurde Karl I. von Repräsentanten der neu entstehenden Republik und auch von seiner letzten k.k. Regierung aufgefordert auf „jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ zu verzichten, denn er weigerte sich abzutreten. In der Nacht vom 11. zum 12. November 1918 verließen Karl I. und seine Familie Wien und im Jänner 1919 Österreich.

¹¹ Ebd.

Geschichte sechs

Grenzen werden gezogen

Am 12. November 1918 wurde von der Provisorischen Nationalversammlung die Republik ausgerufen. Otto Bauer fasst die Perspektive so zusammen:

„Damit waren die nächsten Aufgaben klar bezeichnet: Bildung einer Regierung, tatsächliche Übernahme der Regierungsgewalt, Republik, Anschluss an Deutschland!“¹²

Die von der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November 1918 ausgerufene Republik hieß „Deutschösterreich“, der Anschluss an die deutsche Republik war das deklarierte Ziel aller großen politischen Parteien Österreichs. Für die Deutschnationalen in Österreich war dies natürlich naheliegend, die Christlich-Sozialen sahen die besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Sozialdemokraten erhofften mit dem Anschluss an Deutschland auch eine bessere sozialistische Perspektive. Die Siegermächte des Weltkriegs verhinderten dies aber in den Verträgen von St. Germain mit Österreich und von Versailles mit Deutschland.

Bis zum Friedensvertrag von St. Germain war das Staatsgebiet des neuen Staats unklar, die österreichische Nationalversammlung listete zum Zeitpunkt der Ausrufung der Republik folgenden Gebiete auf:

- Niederösterreich mit Wien und dem mährischen Kreis Znaim
- Oberösterreich mit dem deutschen Südböhmen rund um Krumau
- Steiermark mit Marburg an der Drau
- Kärnten mit Südkärnten und dem Kanaltal
- Tirol mit dem deutschsprechenden Südtirol
- Vorarlberg
- Salzburg
- Die Provinz Deutschböhmen (mit Eger, Karlsbad, Aussig und Reichenberg)
- Provinz Sudetenland (mit Nordost-Böhmen, Nord-Mähren und Österreichisch-Schlesien)
- Die Städte Iglau, Olmütz und Brünn

Das nicht-zusammenhängende Staatsgebiet hätte knapp 120.000 km² mit 10,4 Millionen Einwohnern umfasst.

Die tatsächlichen Grenzen wurden aber von den Siegermächten des 1. Weltkriegs im Friedensvertrag gezogen: Der Kreis Znaim, Südböhmen, Deutschböhmen, das Sudetenland und die Städte Iglau, Olmütz und Brünn wurden der Tschechoslowakei zugeordnet. Marburg an der Drau wurde ein Teil von Jugoslawien, das Kanaltal und Südtirol kamen zu Italien.

Nur das umstrittene Südkärnten blieb bei Österreich und erst 1921 wurde aus mehrheitlich deutschsprachigen Gebieten Westungarns das österreichische Bundesland Burgenland.

¹² Ebd.

Österreich hatte damit eine Fläche von etwa 83.900 km² und nach der Volkszählung von 1923 ca. 6,5 Millionen EinwohnerInnen.

Aber es gab nicht nur diese Konflikte, auch in den bei der neu gegründeten Republik verbleibenden Gebieten gab es Debatten um die nationalstaatliche Zugehörigkeit. In Salzburg gab es Bestrebungen sich – unabhängig von den anderen Teilen Österreichs – Deutschland anzuschließen. Eine derartige Initiative gab es auch in Tirol. Diese beiden Vorstöße wurden aber von Deutschland abgelehnt. Andere Tiroler und Tirolerinnen wollten sich Italien anschließen um die Einheit Tirols sicherzustellen. Und in Vorarlberg votierten 1919 bei einer Volksabstimmung 81 Prozent der Abstimmenden für den Anschluss des Bundeslandes an die Schweiz, deren Regierung lehnte dieses Vorhaben aber ab um das austarierte Kräfteverhältnis zwischen den Sprachgruppen nicht in Gefahr zu bringen.

Diese Initiativen in den Bundesländern waren aber nicht einfach die Suche nach einem jeweils passenden Weg für die jeweiligen Bundesländer, es war immer auch eine Initiative gegen die österreichische Zentralregierung und gegen Wien. Sowohl die Bundesregierung als auch die Hauptstadt Wien waren in den Augen der Bundesländer nicht katholisch genug (der große Einfluss der Juden, wurde behauptet!) und kritisiert wurde ebenso die Dominanz der Sozialdemokraten. Die oberösterreichische Landesregierung forderte zwar keinen Anschluss an Deutschland, sie forderte eine Verfassung mit sehr eigenständigen Bundesländern und einer weitgehend einflusslosen Bundesregierung.

Geschichte sieben

Eine neue Republik entsteht

Die Republik Deutschösterreich wurde zwar am 12. November 1918 ausgerufen und erste grundlegende gesetzliche Regelungen wurden beschlossen. Aber eigentlich war (fast) alles unklar: Es gab kein allgemein anerkanntes Staatsgebiet, damit waren nicht nur die Grenzen dieses neuen Staates unklar, es war auch unklar, wer Staatsbürger und Staatsbürgerin sein würde. Unbekannt waren auch die konkreten Pläne der Siegermächte des 1. Weltkriegs für Österreich. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation hielten die politischen Akteure dieses „Deutschösterreich“ nicht für überlebensfähig und wollten, dass sich das neu entstandene Land Deutschland anschließen sollte.

Die von Otto Bauer beschriebenen Konflikte zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Klassen wollte niemand von den großen politischen Strömungen - aufgrund der ungeklärten und wirtschaftlich sehr schwierigen Situation - weiter eskalieren. Staatskanzler Karl Renner beschrieb am 12. November 1918 in der Provisorischen Nationalversammlung die Situation des Landes und skizzierte den eingeschlagenen politischen Weg:

„Unser Volk blutet aus tausend Wunden, unsere Volkswirtschaft ist ein Trümmerfeld, unser Volk kann nur wiederhergestellt und unsere Volkswirtschaft ausgebaut werden, wenn alle Kräfte in freier Zusammenarbeit zusammengefasst werden. Die Bedingung dafür ist die volle Demokratie. [...] Das gegenwärtige Regime, das in Österreich herrscht, und das bei der Überstürzung der Ereignisse noch nicht von allen ganz verstanden wird, beruht auf dem einfachen Gedanken, dass in der furchtbarsten Not eines Landes und Volkes sich die drei Hauptklassen: Bürger, Bauern und Arbeiter zusammengeschlossen haben, um sich selbst und ihr Land zu retten.“¹³

Gegen die neue Republik gab es im Inneren keinen wirklichen Widerstand, denn nach dem Zusammenbruch der Habsburger-Armee hatten Kaiserhaus und Adel keinen wirklichen Machtapparat mehr in ihren Händen.

Die Sozialdemokratie beantwortete auch die Frage nach der Möglichkeit einer sozialistischen Republik eindeutig. In der Arbeiter-Zeitung vom 13. November 1918 war Folgendes zu lesen:

„Manche unserer Genossen glauben, durch einen Gewaltstreich von ein paar tausend Soldaten eine sozialistische Regierung einsetzen, die sozialistische Gesellschaftsordnung aufrichten zu können. Wir halten das für einen Irrtum; für einen Irrtum wenigstens unter den Umständen, in denen wir hier in Deutschösterreich im gegenwärtigen Augenblick leben. Der Versuch, durch einen Gewaltstreich eine Diktatur der industriellen Arbeiterschaft aufzurichten, würde auf den erbitterten Widerstand der Millionen Bauern stoßen, die ja, wie jedermann weiß, in Deutschösterreich nicht wie in Russland Verbündete, sondern leidenschaftliche Gegner der Industriearbeiter sind und nicht wie in Deutschland ein vergleichsweise kleiner Teil, sondern beinahe die

¹³ Aus: Fischer, Heinz (Hg.); „Karl Renner – Porträt einer Evolution“; Wien, Frankfurt, Zürich 1970; S. 113

Hälfte der Bevölkerung sind. Die Bauern würden die Lieferung von Lebensmitteln einstellen, die Städte und die Industriegebiete aushungern. [...] Wir wollen alle tatkräftig, unerschrocken sein, zu jedem Opfer bereit, vor dem Kühnsten nicht zurückschreckend; aber wir dürfen auch das nicht verlieren, was immer unsere Kraft war: Unsere Besonnenheit, unsere nüchterne Einsicht in das zur Stunde Mögliche und Notwendige und vor allem unsere Selbstzucht, unsere freiwillig uns selbst auferlegte Disziplin. Dann werden dem großen Siege von heute bald andere, größere Siege folgen.“¹⁴

¹⁴ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19181113&seite=1&zoom=33> (07.09.2018)

Geschichte acht

Die demokratische Revolution

Der Umbruch im November 1918 war auf jeden Fall eine demokratische Revolution, Otto Bauer beschrieb in seinem Buch „Die österreichische Revolution“ aus dem Jahr 1923 die entsprechende Beschlussfassung der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November 1918 so:

„Der Gesetzesbeschluss dieses Tages fasste die Ergebnisse der großen Umwälzung zusammen. Er schloss die demokratische Revolution ab: er erklärte Deutschösterreich zur demokratischen Republik, übertrug alle Rechte des Kaisers dem Staatsrat, erklärte alle Vorrechte der Familie Habsburg für aufgehoben, alle auf politische Privilegien gegründeten Körperschaften – die Delegationen, das Herrenhaus, die auf Grund des Zensuswahlrechtes gewählten Landtage und Gemeindevertretungen – für aufgelöst, er ordnete die Wahl der Konstituierenden Nationalversammlung und die Neuwahl der Landes- und der Gemeindevertretungen auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes auf Grund der Verhältniswahl an. Die Republik, die Zertrümmerung der plutokratischen Wahlrechtsprivilegien in den Ländern und in den Gemeinden, das Frauen-Wahlrecht, der Proporz waren die Errungenschaften der demokratischen Revolution.“¹⁵

Von diesen Änderungen erscheint uns heute als selbstverständlich: die Abschaffung der politischen Privilegien des Kaiserhauses und des Adels, das durchgängige allgemeine und gleiche Wahlrecht und natürlich auch das Frauenwahlrecht. Otto Bauer nennt hier aber auch den Regierungsproporz in Ländern und Gemeinden als Errungenschaft der demokratischen Revolution. Hinter diesem Ansatz steckte bei den damaligen Sozialdemokraten ein Konzept, wie die demokratische Republik funktionieren sollte.

Bei der parlamentarischen Diskussion über die Arbeit der Regierungskoalition am 21. April 1920 führte Karl Renner dazu aus:

„Das System, das wir vertreten, möchte ich daher mit einem Kennwort ‚Regierung vermittelt der Vertrauensmänner der organisierten Massen in Stadt und Land‘ bezeichnen und nicht als Regierung durch Bureaucratie, Polizei und Militarismus, als Regierung durch Behörden. Diese tagtägliche Zusammenarbeit mit den Vertrauensmännern des organisierten Volkes selbst ist die Stärke der Regierung [...] Nicht die Diktatur der einen Klasse über die andere, sondern die verhältnismäßige Anteilnahme aller werktätigen Klassen an der Macht, somit nicht Alleinherrschaft, sondern Mitregierung. Die verhältnismäßige Mitregierung aller an der Volkswirtschaft Mitarbeitenden, gestützt auf die Vertrauensmänner derselben im ganzen Lande, hat uns die

¹⁵ <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/bauer/1923/oesterrev/07-republik.html> (07.09.2019)

*sozialen Krisen besser zu überwinden befähigt als das überlieferte System der reinen Obrigkeitsregierung.*¹⁶

Die Idee war also nicht, die unterschiedlichen Interessen der gesellschaftlichen Klassen einfach aufeinanderprallen zu lassen, sondern diese Konflikte politisch-parlamentarisch auszutragen. Und dies wiederum nicht nur durch die Abgeordneten, sondern auch durch demokratische Debatten durch die „Vertrauensmänner der organisierten Massen“ im außer- und vorparlamentarischen Raum.

¹⁶ Aus: Fischer, Heinz (Hg.); „Karl Renner – Porträt einer Evolution“; Wien, Frankfurt, Zürich 1970; S. 176f.

Geschichte neun

Die sozialpolitische Revolution

Politisch diskutiert wurde auch die „Vergesellschaftung“ der großen Industrieunternehmen und der Banken, dazu kam es allerdings aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nach den Nationalratswahlen 1919 (Sozialdemokratie 40,8%, Christlich-Soziale 35,9% und Deutschnationale 20,8%) nicht.

Die erste österreichische Republik begann aber mit einer sozialpolitischen Revolution. Auf bescheidenem Niveau wurde in dieser wirtschaftlich sehr schwierigen Zeit die Basis für den österreichischen Sozialstaat gelegt. 1919 und 1920 wurden dafür 83 Sozialgesetze beschlossen und Österreich wurde damit zum modernster Sozialstaat Europas der damaligen Zeit.

Unter der politischen Verantwortung des sozialdemokratischen Gewerkschafters Ferdinand Hanusch, er war das für Sozialpolitik zuständige Regierungsmitglied, wurden eine Reihe zukunftsweisender Gesetze beschlossen.

Dazu gehörten:

- Einführung einer Arbeitslosenunterstützung
- Einführung des achtstündigen Arbeitstags
- Beschränkung der Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche auf 44 Wochenstunden
- Einführung des Urlaubsanspruchs für Arbeiter und Angestellte
- Anerkennung von Kollektivverträgen (Einigungsämter)
- Verankerung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz (Betriebsrätegesetz)
- Gründung der Kammer für Arbeiter und Angestellte

Hanusch selbst formulierte die Aufgaben der Sozialpolitik so:

„Eine weitschauende Staatspolitik muss darauf bedacht sein, eine Gemeinschaft lebensfähiger, gesunder, arbeitsfroher, intelligenter und ihrer Menschenwürde bewusster Individuen zu züchten und zu erhalten. Gelingt ihr dies, dann ist erhöhte Produktivität, volkswirtschaftlicher Aufschwung und allgemeiner Wohlstand die naturgemäße Folge. Eine fortschrittliche Sozialpolitik schafft die Vorbedingungen, um dieses Ziel, wenn auch unter Opfern der Gesamtheit und Hintansetzung persönlicher Interessen einzelner Gesellschaftsschichten, zu fördern.“¹⁷

Betrachtet man diese Gesetze genauer, dann wird deutlich, dass es sich einerseits um klassische sozialpolitische Regelungen, wie die Arbeitslosenunterstützung, den Urlaubsanspruch usw. handelte, andererseits wurden mit dem Betriebsrätegesetz und der Gründung der Arbeiterkammern die Stellung von Arbeitern und Angestellten im wirtschaftlichen und politischen Gesamtgefüge verbessert. Die „Regierung“ vermittelte der

¹⁷ <http://www.hauptverband.at/cdscontent/load?contentid=10008.564199&version=1391184543> (07.09.2018)

Vertrauensmänner der organisierten Massen in Stadt und Land“, wie Karl Renner die angestrebte Form der Demokratie beschrieb, brauchte derartige Vertretungsstrukturen wie die Betriebsräte und die Arbeiterkammern. Bauernschaft und Bourgeoisie hatten bereits vorher entsprechende Einrichtungen gehabt.

Nicht nur Sozialgesetze wurden beschlossen, auch im Schulwesen und im Rechtsbereich gab es grundlegende soziale und demokratische Fortschritte.

Geschichte zehn

Fortschritt, die ständige Aufgabe!

Der 12. November wurde im Jahr 1919 – zur Erinnerung an die Ausrufung der Republik – zum Staatsfeiertag erklärt. Die austrofaschistische Regierung unter Engelbert Dollfuß schuf im April 1934 diesen Feiertag wieder ab. In Linz wurde der heutige Hauptplatz in „Platz des 12. Novembers“ umbenannt, unter Dollfuß erhielt er wieder seinen alten Namen „Franz-Josephs-Platz“.

Bereits Anfang der zwanziger Jahre hatte der starke Mann der Christlich-Sozialen, Prälat Ignaz Seipel, davon gesprochen, dass der „revolutionäre Schutt“ beseitigt werden müsse. Gemeint hat er damit die Sozialgesetzgebung und auch demokratische Reformen aus der Gründungsära der österreichischen Republik.

Die politische und die gesellschaftliche Situation 1918 und 1919 waren von einem Kräftegleichgewicht zwischen Arbeiterschaft, Bauernschaft und Bürgertum gekennzeichnet. Deren politische Repräsentanten konnten nicht ohne die jeweils anderen regieren. So wie die Sozialdemokratie einschätzte, dass eine Vergesellschaftung der großen Industrie und der Banken nicht durchsetzbar war, wussten die Vertreter des Bürgertums, dass ohne demokratische und soziale Zugeständnisse und ohne Beteiligung der Sozialdemokratie keine Stabilisierung der Verhältnisse möglich war.

Nach dem Abflauen des revolutionären Schwungs und des weiteren Anwachsens der wirtschaftspolitischen Probleme verschob sich das politische Kräfteverhältnis. Aus dem Gleichgewicht wurde ein Übergewicht der politischen Rechten. Es war daher konsequent, dass nach der Beschlussfassung der neuen Verfassung im Jahr 1920 Wahlen angesetzt wurden und die Sozialdemokraten die Regierung verließen bzw. verlassen mussten.

Die Ereignisse des November 1918 zeigen, dass es auch unter schwierigsten Bedingungen gelingen kann einen gesellschaftlichen Aufbruch zu erreichen. Der Herbst 1918 war in vielfacher Hinsicht tatsächlich eine Revolution: Frauen konnten erstmals wählen gehen, Aristokraten verloren ihre politischen und gesellschaftlichen Privilegien, die Gesellschaft wurde somit deutlich demokratischer.

Die Ereignisse der Folgezeit zeigen aber auch, dass derartige Erfolge für die Demokratie und die Gleichheit niemals auf ewig errungen werden, sondern dass sie immer und immer wieder verteidigt und ausgebaut werden müssen.